

Vom Wirtschaftsbündnis.*)

*) Wien, 18. Juni.

Daß man im großen und ganzen erraten muß, was die Reichsregierung in den zoll- und handelspolitischen Auseinandersetzungen mit Österreich-Ungarn erstrebt, ist in höchstem Maße bedauerlich und zugleich bezeichnend für die Art, in der so wichtige, die weitesten Kreise angehende Dinge bei uns behandelt werden. In der Hauptsache ist das bisher hinter den Doppeltüren unserer Amtsstuben geschehen. Eine ausreichende Befragung der berufenen Vertretungen von Industrie und Handel hat nicht stattgefunden; was in dieser Beziehung vom Reichswirtschaftsamt oder vom Auswärtigen Amt durch Heranziehung einzelner Interessenten getan worden ist, reicht bei weitem nicht aus. Angstlich hat man alles mit dem Schleier tiefsten Geheimnisses zu umhüllen gestrebt, so daß gerade diejenigen, die es in erster Linie angeht, noch heute nicht ausreichend wissen, was ihnen bevorsteht.

Schon die Art, wie man den „Entwurf einer Zollanordnung“ zustande brachte, fordert in dieser Beziehung schärfsten Widerspruch heraus. Wam und wie er eigentlich zwischen den beiderseitigen amtlichen Vertretungen zustande gekommen ist, mag dahingestellt bleiben. Den beteiligten Wirtschaftskreisen aber wurde er zunächst vollständig vorenthalten. Am längsten in Preußen. Erst als sich herausstellte, daß die sächsische und die süddeutschen Regierungen minder geheimtuerlich verfahren als die preussische, und als das Schema in den genannten Bundesstaaten längst bekanntgeworden war, wurde auch die preussische Industrie einer entsprechenden Mitteilung gewürdigt. Dabei handelte es sich nur um das Zolltariffschema, d. h. die Aufzählung und Anordnung der einzelnen Positionen des Tarifs, ohne daß dabei die Zollsätze angegeben waren. Aber auch schon die Aufstellung der Zollpositionen allein ist von größter Wichtigkeit. Ihre Anordnung und Vergliederung ist oft von entscheidendem Einfluß auf die praktische Wirkung des ganzen Tarifs. Und schon heute läßt sich leider sagen, daß diese Anordnung in vielen Punkten wenig glücklich ist. Berechtigte Wünsche deutscher industrieller Kreise sind einfach unberücksichtigt geblieben. „Zolltechnische Bedenken“ haben, wie amtlich erklärt wurde, zur Beiseiteziehung vieler solcher Wünsche geführt, gleich als ob die Zolltechnik Selbstzweck und nicht nur Mittel zu höherem Zweck wäre. Es konnte deshalb auch aus industriellen Kreisen ohne Widerspruch darauf hingewiesen werden, daß bei der Aufstellung dieses Zolltariffschemas österreichische Wünsche einen sehr wesentlichen Einfluß ausgeübt haben und daß die österreichische Regierung sich öffentlich in weit engerer und besserer Fühlung mit ihrer Industrie und ihrem Handel befand als die deutsche. Daraus deutet auch noch eine andre Erscheinung hin. Es stellte sich nämlich heraus, daß neben dem als streng vertraulich behandelten Zolltariffschema noch ein andres ganz geheimes entworfen worden war, das neben den einzelnen Posten des Zolltarifs auch die vorläufig vereinbarten Zollsätze enthält, und es ergab sich die beschämende Tatsache, daß deutsche industrielle Kreise, wenn sie hierüber etwas Näheres erfahren wollten, sich an ihre österreichisch-ungarischen Geschäftsfreunde wenden mußten, die mit den entsprechenden Angaben dienen konnten!

Das alles sind Dinge, die nicht geeignet sind, das Vertrauen von Industrie und Handel in unsere Reichsregierung in dieser Frage zu kräftigen und unsern Unterhändlern, die nach Wien gehen, den Rücken zu stärken. Zugleich mehren sie den vielfach ausgesprochenen Verdacht, daß man Handel und Industrie bis zuletzt im unklaren lassen und sie vor vollendete Tatsachen stellen will. Man muß alle diese Dinge erwähnen, denn sie gehören mit zu dem Gesamtbild, das die Behandlung des deutsch-österreichischen „Wirtschaftsbündnisses“ auf deutscher Seite darbietet. Unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten kommt übrigens, wie schon gezeigt wurde, der ganzen Frage bei weitem nicht die Bedeutung zu, die man ihr in unsern amtlichen Kreisen beizulegen scheint. Etwa 20 Prozent unsers gesamten Außenhandels sind vor dem Kriege auf Österreich-Ungarn entfallen, und auch hiervon entkam noch ein beträchtlicher Teil auf den sogenannten Durchgangsverkehr. Insbesondere hat, wie eine genauere Untersuchung ergibt, Österreich-Ungarn im Warenhandel zwischen uns und Rußland eine sehr umfangreiche Vermittlung übernommen gehabt. Es ist also von deutscher Seite um so mehr darauf zu achten, daß durch unvorsichtige Bevorzugung Österreich-Ungarns nicht unser weit größerer Außenhandel mit den andern Ländern beeinträchtigt wird. Der Hinweis darauf, daß im Falle einer zollpolitischen Annäherung oder einer Zollunion der deutsche Außenhandel mit der Donaumonarchie eine wesentliche Ausdehnung erfahren würde, vermag diese Mahnung nicht zu entkräften. Denn die Ausnahmefähigkeit Österreichs und Ungarns war schon vor dem Kriege begrenzt und wuchs es nach dem Kriege erst recht ein. Dazu kommen aber noch andre Erwägungen allgemeiner Art.

Wie bekannt, ist die österreichische Währung gegenüber der unsrigen stark unterwertig. Das bedeutet eine Erschwerung unsrer Ausfuhr nach Österreich-Ungarn und zugleich eine Prämie für die Ausfuhr österreichisch-ungarischer Erzeugnisse nach Deutschland. Die Herstellung einer Zollunion würde diese Wirkungen in der Wertverschiebung der beiderseitigen Währungen noch stärker zum Ausdruck bringen. Der ausschließlich Benachteiligte wäre dann Deutschland. Ungefähr dasselbe gilt aber auch für eine zollpolitische Annäherung, die sich eine Ermäßigung der beiderseitigen Zollsätze zum Ziel stellt. Von den wechselseitigen finanziellen Verpflichtungen, die in derselben Richtung wirken müssen, soll dabei noch ganz abgesehen werden. Endlich aber kommt noch in Betracht, daß mindestens ebenso wichtig wie die beiderseitigen Zolltarife auch die zwischen beiden Ländern bestehenden Verkehrsverhältnisse sind. In dieser Beziehung könnte durch Vereinheitlichung und langfristige Bindung der Eisenbahntarife vielleicht sogar noch mehr zur gegenseitigen Annäherung geschehen, als durch Änderungen in der Zollpolitik. Ist doch die österreichische Eisenbahntariffpolitik Deutschland gegenüber im allgemeinen wenig günstig gewesen. Ihre Verbesserung und Anlehnung an die deutsche würde deshalb sicherlich von Vorteil sein und zu einer Belebung des wirtschaftlichen Verkehrs der verbündeten Länder wesentlich beitragen können. Dasselbe gilt auch von dem Ausbau der Donauwasserstraße und der Ausgestaltung ihres Verkehrs. Hier ergeben sich also Aufgaben, die ohne besondern Aufwand an Agitationskraft und Zeit in Angriff genommen und gelöst werden können, zweifellos zu beiderseitigem Vorteil. Das weiß man auch in den Kreisen unsrer Industrie und unsers Handels, und deshalb wundert man sich einigermaßen darüber, daß man die Frage der wirtschaftlichen Annäherung nicht an dieser nächstliegenden Stelle angepackt hat, sondern am Zolltarif und in der Neugestaltung unsers ganzen handelspolitischen Verhältnisses mit allen seinen weittragenden, im voraus kaum zu übersehenden, politischen und wirtschaftlichen Folgen.

Wiederum rein wirtschaftlich betrachtet, knüpft man aber an diese Neugestaltung, selbst wenn sie Wirklichkeit werden sollte, keine allzu großen Erwartungen. Der Inhalt dieser Neugestaltung, wie sie zurzeit erstrebt wird, wurde kürzlich schon in unsrer Wiener Meldung vom 11. d. M. (vergl. Nr. 533 der Köln. Ztg.) kurz angedeutet. Es handelt sich darum, daß man zunächst eine wesentliche Verminderung der zwischen beiden Ländern bestehenden Zölle anstrebt, also eine Freiliste für eine ganze Reihe von Warengattungen einzuführen gedenkt. Solche Zölle, die den Charakter reiner Finanzzölle tragen, sollen dagegen bestehen bleiben. Darüber hinaus erstrebt man eine beiderseitige Ermäßigung derjenigen Zollsätze, die auch für die Folge erhalten bleiben sollen. Solche Ermäßigungen in Verbindung mit der Freiliste bedingen wieder eine Ausgleichung und Annäherung in den Außenzöllen beider Länder, so daß sich eine mehr oder minder gemeinsame, d. h. gleich hohe Außenzollwand ergibt. Das ist im wesentlichen das Ziel, dem man im Augenblick zustrebt. Es scheint aber kaum noch einem Zweifel zu unterliegen, daß man auf beiden Seiten viel weiter denkt und in dem jetzt angestrebten Zustand nur ein Durchgangsstadium erblickt, dem, wenn auch vielleicht erst nach längerer Zeit, ein förmlicher Zollverein, eine Zollvereinigung oder eine Zollunion folgen kann. Gerade weil diese Möglichkeit und die Aussicht besteht, wird man aber in die jetzt beginnenden Verhandlungen mit ganz besonderer Vorsicht eintreten müssen.

*) Vergleiche die Aufsätze in Nr. 566.